

PIOTR MADAJCZYK, *Der Generalplan Ost und die Aussiedlung der Polen*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento» (ISSN: 0392-0011), 27 (2001), pp. 519-532.

Url: <https://heyjoe.fbk.eu/index.php/anisig>

Questo articolo è stato digitalizzato dal progetto ASTRA - *Archivio della storiografia trentina*, grazie al finanziamento della Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA è un progetto della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Istituto Storico Italo-Germanico, Museo Storico Italiano della Guerra (Rovereto), e Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA rende disponibili le versioni elettroniche delle maggiori riviste storiche del Trentino, all'interno del portale [HeyJoe](#) - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access*.

This article has been digitised within the project ASTRA - *Archivio della storiografia trentina* through the generous support of Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA is a Bruno Kessler Foundation Library project, run jointly with Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Italian-German Historical Institute, the Italian War History Museum (Rovereto), and Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA aims to make the most important journals of (and on) the Trentino area available in a free-to-access online space on the [HeyJoe](#) - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access* platform.

Nota copyright

Tutto il materiale contenuto nel sito [HeyJoe](#), compreso il presente PDF, è rilasciato sotto licenza [Creative Commons](#) Attribuzione–Non commerciale–Non opere derivate 4.0 Internazionale. Pertanto è possibile liberamente scaricare, stampare, fotocopiare e distribuire questo articolo e gli altri presenti nel sito, purché si attribuisca in maniera corretta la paternità dell’opera, non la si utilizzi per fini commerciali e non la si trasformi o modifichi.

Copyright notice

All materials on the [HeyJoe](#) website, including the present PDF file, are made available under a [Creative Commons](#) Attribution–NonCommercial–NoDerivatives 4.0 International License. You are free to download, print, copy, and share this file and any other on this website, as long as you give appropriate credit. You may not use this material for commercial purposes. If you remix, transform, or build upon the material, you may not distribute the modified material.



Der Generalplan Ost und die Aussiedlung der Polen

von *Piotr Madajczyk*

Als Polen nach dem deutschen Überfall im September 1939 besetzt wurde, gliederten die deutschen Behörden die Verwaltung neu – nachdem sie kurze Überlegungen, einen mit dem Königreich Polen im I. Weltkrieg vergleichbaren polnischen Reststaat zu bilden, verworfen hatten. Gemäß Hitlers Erlaß vom 8. Oktober 1939 wurden die westlichen und nördlichen Gebiete Polens vom III. Reich annektiert. Dieser Teil, weiter «eingegliederte Gebiete» genannt, umfaßte über 90.000 Kilometer: die ganzen Wojewodschaften Pomorze (Pommern), Poznań (Posen), Śląsk (Ostoberschlesien), einen großen Teil der Wojewodschaft Łódź (Lodz), den westlichen Teil der Wojewodschaft Kraków (Krakau), den nördlichen Teil von Mazowsze (Masowien), den Kreis Suwałki und einige Kreise der Wojewodschaft Kielce. Dem Reich wurde auch die Freie Stadt Danzig einverleibt, wie auch faktisch der Bezirk Białystok. Am 12. Oktober wurde aus den anderen vom III. Reich besetzten polnischen Gebieten das Generalgouvernement proklamiert, mit Hans Frank als Generalgouverneur. Dies waren nicht alle territorialen Veränderungen – ca. die Hälfte Polens wurde von der Sowjetunion annektiert, das Gebiet von Wilna dem litauischen Staat einverleibt, ehe es zusammen mit diesem Staat von der Sowjetunion besetzt wurde. Einen kleineren Grenzstreifen bekam die Slowakei – jedoch sind dies unter dem Aspekt der deutschen Bevölkerungspolitik alle für uns wichtigen Veränderungen.

Der Schwerpunkt dieser Überlegungen ist die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzungsbehörden während des II. Weltkrieges, obwohl es daran zu erinnern gilt, daß auch die sowjetischen Behörden die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung als integralen Teil ihrer Politik einsetzten. Die Aussiedlung umfaßte in den von der Sowjetunion annektierten polnischen Gebieten über 300.000 Personen; und die Zahl der Personen, die ihre Heimorte verlassen mußten (Verhaftung, Zwangsmobilisierung in die sowjetische Armee usw.), betrug über 900.000¹.

¹ Dieser Aspekt wurde in den letzten Jahren genauer analysiert, auch in dem breiteren Kontext aller sowjetischen Aussiedlungen; vgl. S. CIESIELSKI - G. HRYCIUK - A. SREBRKOWSKY, *Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej*, Wrocław 1994.

Die deutsche Bevölkerungspolitik setzte sich aus drei Grundlinien zusammen, die jedoch nicht nacheinander folgten, sondern in verschiedenen Gebieten in verschiedenen Perioden eingesetzt wurden². Der erste Schritt war die Aufteilung der polnischen Bürger nach Rassenkriterien. Zuerst erfolgte die Absonderung der nationalen Minderheiten und der von den deutschen Behörden als Juden und Zigeuner anerkannten polnischen Bürger. Dann wurde als Hauptwerkzeug dieser Politik die Deutsche Volksliste eingesetzt, die es einem Teil der polnischen Bürger ermöglichte (oder sie dazu zwang), zur deutschen Nationalität zu wechseln³. Außerdem wurden in Südpolen Pläne eingesetzt, das sogenannte «Goralenvolk» zu bilden, um damit einen Teil der dortigen polnischen Bevölkerung zu germanisieren. Besondere Ausweise bekamen weniger als 20% der dortigen polnischen Bevölkerung. Später wurde noch die Gruppe der besonders für die deutsche Wirtschaft wertvollen polnischen Arbeiter («Leistungspolen») ausgesondert. Damit wurden die Gruppen bestimmt, die von verschiedenen Formen der Aussiedlung verschont bleiben sollten. Die Zwangsaussiedlung sollte, als nächster Schritt, den Rest der polnischen Bevölkerung umfassen. Der letzte, dritte Schritt war dann die deutsche, oder 'germanische' Besiedlung der enteigneten polnischen Bauernhöfe und Wohnsitze.

Für uns ist hier der zweite Schritt von besonderem Interesse, also die verschiedenen Formen der Aussiedlung der polnischen Bevölkerung und der Generalplan Ost als Gipfel der Pläne der Änderung der Nationalitätenstruktur in den polnischen Gebieten. Sauber lassen sich aber alle drei Ebenen – die Ansiedlung der Deutschen, die Vertreibung der «Fremdvölkischen» und die «Eindeutschung» – nicht abgrenzen, eine wechselseitige Beeinflussung bleibt kontinuierlich erkennbar.

Nach den von den Einsatzkommandos verübten Morden im besetzten Polen hatte man bereits Ende September 1939 über die Systematisierung der Bevölkerungspolitik nachgedacht. Polen und Juden – diese Aufteilung entspricht den rechtlichen Normen des III. Reiches, die zwar mit dem individuellen Nationalbewußtsein nicht immer übereinstimmten, aber das Schicksal der Personen damals determinierten sollten aus den eingeglie-

² C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. 2, Teil 2, Warszawa 1970.

³ Zuletzt erschien dazu die Bearbeitung von J. KOCHANOWSKI, *Polska Centralna*, in W. BORODZIEJ - H. LEMBERG (edd), *Niemcy w Polsce 1945-1950*, Bd. 2, Warszawa 2000, S. 5-286, die sich zwar auf die ersten Nachkriegsjahre konzentriert, dadurch aber besonders deutlich den zerstörenden Einfluß der Deutschen Volksliste auf die gesellschaftlichen Strukturen zeigt.

derten Gebieten abgeschoben werden. Beide Bevölkerungsgruppen wurden oft zusammen erwähnt. Die Posener SS befahl im Dezember 1939 die Erschießung der Polen und Juden, die nach der Zwangsaussiedlung ins Generalgouvernement ohne Erlaubnis ins Reich zurückgekehrt waren⁴. Beide Nationalitäten waren in den eingegliederten Gebieten ähnlich unerwünscht, obwohl ihnen ein unterschiedliches Los beschieden war.

Die Aussiedlung aus den eingegliederten Gebieten begann in den ersten Wochen der Besatzung. Nur in Gdingen hatte sie größeren Umfang, die Polen konnten dort zuerst die Stadt selbst verlassen. In anderen eingegliederten Gebieten wurde die Aussiedlung lokal ohne zentrale Planung geleitet. Bestimmte Personen wurden individuell aufgefordert die Ortschaft binnen 24 Stunden zu verlassen oder in Konzentrationslager verwiesen. Betroffen waren vor allem die führenden Schichten, wobei auch materielle Interessen eine sehr wichtige Rolle spielten die Aussiedlung von insgesamt 30.000 bis 40.000 Personen erfolgte nur auf den Antrag der ansässigen Deutschen⁵.

Am 30. Oktober 1939 befahl der Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, vom November 1939 bis Februar 1940 folgende Bevölkerungsgruppen auszusiedeln: aus allen an das Reich eingegliederten polnischen Gebieten Juden, aus Pommerellen (nach 1939 Teil von Danzig-Westpreußen) – die aus den anderen Teilen Polens, stammenden Polen, aus den Gebieten von Posen Ostoberschlesien und Masowien («Südpreußen») die 'feindlich' eingestellten Personen. Die Zahl der entsprechenden Personen wurde insgesamt auf 1,4 Millionen geschätzt. In die ans Reich eingegliederten Gebiete sollten insgesamt 150.000 Deutsche aus dem Generalgouvernement übergesiedelt werden, und Deutsche aus den baltischen Ländern nur ins Wartheland. Die ausgesiedelten Personen sollten nur Handgepäck mitnehmen dürfen, ohne Wertgegenstände. Die Wehrmacht sollte die neue Grenze sichern und die Rückkehr der Ausgesiedelten unmöglich machen.

Die Aussiedlung begann im Oktober in Gdingen (50.000 Personen) und sie begann festere Konturen anzunehmen, obwohl man zu diesem Zeitpunkt

⁴ C. ŁUCZAK, *Wysiedlenia ludności polskiej na tzw. ziemiach wcielonych do Rzeszy 1939-1945*, in «Documenta Occupationis», VIII, 1969, S. VII-133, hier S. 9 und 17; später drohte dafür 'nur' die zeitweilige Verweisung in Konzentrationslager und danach die wiederholte Aussiedlung.

⁵ C. ŁUCZAK, *Wstęp*, in R. DYLIŃSKI - M. FLEJSIEROWICZ - S. KUBIAK (edd), *Wysiedlenie i poniewierka 1939-1945. Wspomnienia Polaków wysiedlonych przez okupanta hitlerowskiego z ziem polskich «wcielonych» do Rzeszy*, Poznań 1974, S. 7-33, hier S. 11-12.

noch nicht von einem Programm sprechen kann. Der sogenannte «Nahplan» (der erste von insgesamt drei) von November bis Dezember 1939 betraf 87.800 Personen. Die Aktion lief jetzt planmäßiger. Man bereitete Aussiedlungslisten vor, Durchgangslager, plante Bahnstrecken, obwohl die Koordination keinesfalls perfekt war. Als im Dezember 1939 die große Aussiedlungswelle kam, wurden viele Transporte außerplanmäßig geschickt und manchmal standen diese wochenlang in der Kälte, was zahlreiche Todesopfer zur Folge hatte. Anfangs liefen Transporte direkt ins Generalgouvernement, wo sie oft ihrem Schicksal überlassen wurden⁶.

Die Aussiedlungen liefen von Anfang an nach dem gleichen Muster: meistens nachts oder früh morgens wurden Dörfer oder Stadtbezirke eingekesselt, die Aussiedler bekamen 10-30 Minuten für die Vorbereitung, durften nur Handgepäck und kleine Summen Geld für die Reise mitnehmen. Manchmal wurde sogar das verboten. Die Aussiedlungen wurden von der Gendarmerie, Schutzpolizei, Selbstschutz, SA, SS und vom Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps, oft unter Anwendung von Gewalt (in extremen Fällen wurden einige Personen getötet), durchgeführt. Ausgesiedelt wurden auch kranke und körperlich stark behinderte Personen. Der Transport fand meistens in den Güterzügen und ohne warme Mahlzeiten statt. Schlechte Bedingungen herrschten auch in den Sammellagern, wo man nicht selten lange Zeit im Freien durchhalten mußte.

Die Aussiedlung aus den eingegliederten Gebieten umfaßte zuerst die in der Vergangenheit politisch aktiven Personen, die eine Führungsrolle spielen konnten, oft wohlhabender waren oder im Konflikt mit den lokalen Volksdeutschen lagen. Die deutschen Behörden wollten auch alle nach 1918 angesiedelten Polen aussiedeln, die aber meistens kein größeres Eigentum besaßen. Aus dem Wartheland wurde die ganze polnische intellektuelle Elite ausgesiedelt. Die führende Schicht wurde im November breit definiert: «Entscheidend bleibt jedoch, jeden Polen zu evakuieren, der auf Grund seines geistigen Könnens, seines politischen Einflusses oder seiner wirtschaftlichen Macht Hemmnis für die Durchsetzung des Deutschtums in den einzelnen Kreisen darstellen könnte»⁷. Bestimmte Gruppen blieben verschont: deutsch-polnische Ehen und Polen, die nahe Verwandte mit deutscher Staatsangehörigkeit oder in der Wehrmacht hatten. Zahlenmäßig

⁶ Die Zwangsaussiedlung aus den eingegliederten Gebieten wurde früh in der polnischen Historiographie bearbeitet; vgl. C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 306-310, sowie C. ŁUCZAK, *Wysiedlenia ludności polskiej*.

⁷ C. ŁUCZAK, *Wysiedlenia ludności polskiej*, S. 6.

war das ohne größere Bedeutung. Sehr viel hing mit der Politik der lokalen Besatzungsbehörden und ihrer Beurteilung, wie groß die Gruppe der «eindeutschungsfähigen» Polen sei, zusammen.

Welche Pläne man genau in bezug auf das Generalgouvernement machte und welche Relation zwischen der Vertreibung der polnischen und der jüdischen Bevölkerung bestand, ist nicht klar, auch weil der erste Deportations-«Fernplan» von Anfang 1940 nicht gefunden worden ist. Soweit wir aus Sekundärquellen wissen, sah dieser erste Fernplan vom Januar 1940 die Aussiedlung von 600.000 Juden und 3,4 Millionen Polen aus den eingegliederten Gebieten vor, wie auch zusätzlich von Zigeunern und Juden aus Wien und anderen Reichsstädten⁸.

Die deutschen Behörden erwogen die Schaffung eines «Judenreservats» südöstlich von Krakau, dann östlich von Warschau und um Lublin wohin man im Oktober 1939 einen Teil der Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in der sogenannten «Aktion Nisko» umsiedelte – eines «Reichs-Ghettos», «in dem all die polnischen und jüdischen Elemente untergebracht werden, die aus den künftigen deutschen Gauen ausgesiedelt werden müssen»⁹. Die Idee eines jüdischen Ghettos auf diesem Gebiet wurde also damals verworfen. Ende Oktober 1939 stellten die deutschen Behörden fest, daß das Generalgouvernement eine zu wichtige Glacisfunktion hatte, um ein solches Ghetto zu verkraften. Auch die lokale deutsche Zivilverwaltung und die Militärbehörden waren gegen solche Projekte¹⁰.

Die Aussiedlung lief jedoch nicht so planmäßig wie vorgesehen. Schon im Januar 1940 entstand die Notwendigkeit, Platz für die aus der Sowjetunion umgesiedelten Deutschbalten im Warthegau zu schaffen und gleichzeitig wollte man die landwirtschaftliche Struktur verbessern. Kurz danach kamen Wolhyniendeutsche, obwohl 3.000 bis 5.000 ausgesiedelte Polen noch in den Lagern warteten. Weil man, anders als anfänglich geplant, auch Gebiete mit hoher jüdischer Bevölkerungsdichte an das Reich eingegliedert hatte, wollten die deutschen Behörden diese in das Generalgouvernement

⁸ K.H. ROTH, «Generalplan Ost» – «Gesamtplan Ost». *Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse*, in M. RÖSSLER - S. SCHLEIERMACHER - C. TOLLMIEN (edd), *Der «Generalplan Ost». Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993, S. 25-117, hier S. 35.

⁹ *Ibidem*, S. 33.

¹⁰ *Ibidem*, S. 25, 33; D. POHL, *Die Ermordung der Juden in Generalgouvernement*, in U. WEHLER (edd), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt a.M. 1998, S. 98-121, hier S. 100.

aussiedeln. Reinhard Heydrich plante für den Frühling 1940 die Umsiedlung von 500.000 bis 600.000 Juden (aus den eingegliederten Gebieten) und Zigeunern (aus dem Reichsgebiet) in das Generalgouvernement, was aber kaum wahrscheinlich war (letztendlich wurden 120.000 Polen ausgesiedelt, weil man Bauernhöfe brauchte). Zu den technischen Schwierigkeiten kam die Tatsache hinzu, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung sich vor jeder Aussiedlung versteckte und die deutschen Behörden glaubten, die Galizien- und Wolhyniendeutschen vor dem Anblick der Aussiedlung der polnischen Familien schützen zu müssen. Götz Aly bezeichnet sogar nacheinanderfolgende Aussiedlungspläne (1. Nahplan, Zwischenplan, 2. Nahplan, 3. Nahplan) als «ad hoc vollzogene Aussiedlungen zum Zweck der Ansiedlung bestimmter Gruppen von Volksdeutschen»¹¹.

Für die Zeit von Februar bis August 1940 wurde die Aussiedlung von 160.000 Polen und Juden aus dem Wartheland vorgesehen (etwa die Hälfte als anfänglich geplant). Gleichzeitig widersetzte sich Frank mit Erfolg den chaotischen Transporten der Juden in das Generalgouvernement¹², was ihm den damaligen Glauben an die Möglichkeit der Verwirklichung der Aussiedlung der Juden nach Madagaskar erleichterte. Erst als die Transporte mit Juden in das Generalgouvernement gestoppt wurden, dachte man, Platz für die Aussiedlung der Polen zu haben, und startete Transporte mit den polnischen Familien, die den Wolhyniendeutschen weichen mußten¹³.

Von September bis Dezember wurden in der Saybusch Aktion 17.400 Polen ausgesiedelt, wobei man das erste Mal die direkte Übernahme von Höfen ausprobierte¹⁴. Seit 1940 wurden Aussiedler in den der SS unterstellten Übergangslagern die Transporte gingen schon ausschließlich über diese Lager einer Selektion unterzogen, um «rassewertvolle» Personen auszuwählen. Die als nicht «rassewertvoll» eingeschätzten fuhren unter miserablen Bedingungen, oft ohne Verpflegung und Heizung, in das Generalgouvernement. Die Lage begann sich Mitte 1940 zu bessern, als die deutschen Behörden die internationale öffentliche Meinung zu berücksichtigen begannen.

¹¹ G. ALY, «Endlösung». *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1995, S. 45, 96 ff.

¹² C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd.1, S. 312-314, damit verschwand aber die letzte Möglichkeit der Abschiebung.

¹³ G. ALY, «Endlösung», S. 101-102.

¹⁴ K.H. ROTH, «Generalplan Ost» – «Gesamtplan Ost», S. 35.

Darüber hinaus widersetzte sich Generalgouverneur Frank dem Transport von Menschen ohne jegliche Lebensmittelvorräte¹⁵.

Ende 1940 fanden in Krakau Gespräche zwischen den gegen weitere Aussiedlungen in das Generalgouvernement protestierenden Frank und Greiser statt und im Januar 1941 wurden die Aussiedlungspläne in breiterem Kreis besprochen. Sie wurden stark erweitert. In den eingegliederten Gebieten betrafen sie 438.000 Personen. Außerdem sollten 50.000 Polen Platz für Volksdeutsche in Pommern und im Wartheland machen, 55.000 für die Vergrößerung des Konzentrationslagers Auschwitz. Man schätzte auch, daß sich ca. 20.000 Polen seit den früheren Aussiedlungsaktionen versteckt hielten. Die Wehrmacht verlangte die Aussiedlung von 237.000 Polen, davon 140.000 innerhalb des Warthelandes. Zusammen mit 60.000 Wiener Juden sollten über 800.000 Personen in das Generalgouvernement deportiert werden, ein Jahr früher waren nur 340.000 deportiert worden¹⁶.

Anfang 1941 glaubten die deutschen Behörden, daß pro Jahr 700.000 bis 800.000 Polen aus den eingegliederten Gebieten ausgesiedelt werden würden. Das, was die ganze Aktion bremste, war der Mangel an Arbeitskräften. Die Behörden im Wartheland strebten vor allem nach der Aussiedlung der nicht arbeitenden und bestraften Personen. Den Aussiedlungsbehörden fehlte Personal. Dazu kam noch der Krieg mit der Sowjetunion, der alle früheren Pläne zunichte machte, als am 16. März die Deportationen in das Generalgouvernement eingestellt wurden. In das Generalgouvernement wurden nur 36.000 Polen deportiert, darunter 17.000 Polen und 2.000 Juden aus dem Wartheland. Innerhalb des Warthelandes sollten 330.000 Polen umgesiedelt werden, es wurden jedoch nur 131.000¹⁷.

Einige der Durchgangslager in den eingegliederten Gebieten wurden 1942 in Arbeitslager umgewandelt, wo ein Teil der Aussiedler bis zum Ende des Krieges blieb. Die Methoden der Aussiedlung wurden aber weniger brutal, man konnte mehr Haushaltsgegenstände (sogar einige Möbel) und Lebensmittel mitnehmen. 1941 kam ein neues Element dazu: Von den Aussiedlern wurden Jugendliche abgesondert und direkt zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt (17.000) und weitere (7.000) zur Eindeut-

¹⁵ C. ŁUCZAK, *Wstęp*, S. 14-17. Ein anderer Aspekt der Selektion ist zumindest seit 1943 die Ermordung der Geisteskranken und unheilbar Kranken, vgl. G. ALY, «Endlösung», S. 126.

¹⁶ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 317.

¹⁷ *Ibidem*, S. 318.

schung. Andere Aussiedler blieben in den Lagern oder wurden individuell zu den Verwandten in das Generalgouvernement entlassen. Ab 1942 wurden immer mehr Polen zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, obwohl für dieses Jahr kein Aussiedlungsplan vorbereitet worden war¹⁸.

Planmäßig liefen nur die Aussiedlungen für Militärzwecke, ebenso in den eingegliederten Gebieten wie im Generalgouvernement, wo man 1940/41 Übungsplätze für die Wehrmacht und die SS vorbereitete. Im Generalgouvernement wurden die Aussiedlungen früher angesagt. Bauern konnten, was zwar nicht immer eingehalten wurde, einiges Mobiliar und Lebensmittel mitnehmen und bekamen sogar kleine finanzielle Hilfen. Ausgesiedelt wurden auch Bauern, die die Zwangslieferungen nicht brachten und in den Städten im Generalgouvernement Personen aus den künftigen deutschen und jüdischen Bezirken. In Lublin seien 10.000 Juden «... aus der Stadt ausgesiedelt worden. In die freigemachten früheren Judenviertel wurden die Polen hineingesetzt ... Die freigemachten polnischen Viertel würden dann der Wehrmacht zur Verfügung gestellt»¹⁹.

Wie schon erwähnt, war es seit März 1941 klar, daß keine Transportmittel für Aussiedler zur Verfügung stehen würden. Die deutsche Aktion konzentrierte sich seit diesem Moment auf alle polnischen Gebiete, auf «Verdrängung» («Interne Umsiedlung») und «Umquartierung». In den eingegliederten Gebieten bedeutete das die Verdrängung aus den Stadtzentren und besseren Wohnungen, Enteignung und Zusammendrängung in den schlechten Räumen in den Vororten und schlechteren Stadtteilen. Eine Art Schikane waren wiederholte Umquartierungen alle paar Monate. Die Betroffenen durften auch nicht in ihren enteigneten Werkstädten arbeiten, obwohl – andererseits – solche Maßnahmen nicht die Kriegsindustrie berühren durften²⁰.

In der gleichen Zeit liefen in den eingegliederten Gebieten Aussiedlungen auf dem Land. Vor allem brauchte man Bauernhöfe für die deutschen Siedler, konfisziert wurde das gesamte Eigentum. Die Ausgesiedelten blieben bei der Familie, meistens in der gleichen Gemeinde oder dem gleichen Kreis, manchmal wurden sie weiter geschickt. Die Jugend wurde gleich zur Zwangsarbeit deportiert. Wie Czesław Madajczyk feststellte, erinnert das Zusammenpferchen der polnischen Bevölkerung an die Ghettoisierung der

¹⁸ *Ibidem*, S. 312.

¹⁹ Zitat nach G. ALY, «Endlösung», S. 235.

²⁰ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 321.

Juden. Besondere Reservate für Polen entstanden in den Kreisen Kalisz (Kalisch), Wieluń (Welungen) und Ostrów Wielkopolski (Ostrowo), mit der Argumentation, damit die spätere Umsiedlung nach Osten zu erleichtern. Es erschwerte aber den Arbeitseinsatz und ein Teil der Einwohner konnte fliehen. Auf eine solche Konzentration hat man also später verzichtet, obwohl man überlegte, ob sie nicht innerhalb der betroffenen Gemeinden erfolgen sollte²¹.

Das Jahr 1941 brachte für das Generalgouvernement erste Aussiedlungen in der Nähe von Zamość. Rein zahlenmäßig umfaßte diese Aktion nur einen kleinen Teil der während des Krieges ausgesiedelten Polen, sie war aber Teil größerer Pläne zur Änderung der Nationalitätenstruktur in den besetzten Gebieten des Generalplanes Ost²². Schon vor dem Angriff auf die Sowjetunion entstand der Gedanke, die Polen dort umzusiedeln²³. Angesichts des Krieges, der ganz neue Perspektiven zu eröffnen schien, wurden groß angelegte Pläne der Aussiedlung und Ansiedlung von Millionen von Menschen vorbereitet. Im III. Reich glaubte man jetzt, fast unbegrenzte Möglichkeiten zum Umbau der europäischen Nationalitätenstruktur zu haben.

Es handelte sich insgesamt um keinen endgültig vorbereiteten Plan, obwohl die ethnische Grenze ganz klar um Tausend Kilometer nach Osten verschoben werden sollte. Die Kolonisierung Osteuropas wurde aber nicht so eindeutig bestimmt, wie das Schicksal der Juden. Vorbereitet von dem Himmler unterstehenden Apparat – wobei jedoch nicht alle Varianten des Planes gefunden worden sind – blieb es überwiegend bei Plänen und Konzeptionen. Viele Forscher betonen jedoch die Koinzidenz von Vernichtungspraxis und Vernichtungsplanung und verweisen auf die Realisierungsschritte: Westlitauen, Distrikt Lublin, Ukraine und Krim (Cherson)²⁴. Der erste Entwurf des Generalplans Ost (manchmal «Erster Generalplan Ost» genannt) entstand im Juli 1941 für die Dienststelle des Reichskom-

²¹ *Ibidem*; C. ŁUCZAK, *Wstęp*, S. 22.

²² Diese Problematik behandeln zwei Hauptwerke: der Sammlband von M. RÖSSLER - S. SCHLEIERMACHER - C. TOLLMIEHN (edd), *Der «Generalplan Ost»* und die Edition der Dokumente C. MADAJCZYK - S. BIERNACKI - K. BORCK - H.H. HAHN - E. JANUS - B. MEISSNER - M.G. MÜLLER (edd), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, München - New Providence - London - Paris 1994; vgl. auch B. WASSER, *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940 - 1944*, Basel - Berlin - Boston 1993.

²³ J. MARCZEWSKI, *Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w «Okregu Warty»*, Poznań 1979, S. 264.

²⁴ K.H. ROTH, «Generalplan Ost» – «Gesamtplan Ost», S. 26.

missars für die Festigung des deutschen Volkstums, der nächste, vom Reichssicherheitsamt, wahrscheinlich Ende 1941 oder Anfang 1942. An den Planungsarbeiten beteiligte sich auch das Wirtschaftsverwaltungshauptamt.

Der Plan des Reichssicherheitsamtes behandelte das ganze besetzte Polen als Siedlungsgebiet, sowie die baltischen Republiken, Weißrußland, die ukrainischen Gebiete von Żitomir, Kameneč-Podolsk und teilweise Vinnica, sowie zwei besondere Gebiete um Leningrad (Ingermanland) und die Krim. Der Umfang des Siedlungsgebietes war nicht eindeutig festgelegt. Juden sollten zu 100%, Polen zu 80 bis 85%, Ukrainer zu 64% und Weißrussen zu 75% ausgesiedelt werden, insgesamt 31 Millionen Menschen. Der Rest sollte zum größten Teil eingedeutscht (14 Millionen) und mehr oder weniger freiwillig zum großen Teil nach Sibirien umgesiedelt werden²⁵. Es könnten aber, wie man feststellte, auch insgesamt über 60 Millionen Menschen betroffen sein.

1941 wurde das Generalgouvernement zum Gebiet für die deutsche Siedlung erklärt, und das Gebiet um Lublin – als Verbindung zu dem an das deutschbesiedelten Siebenbürgen und dem Donauraum, vor allem aber als Brücke zwischen Westlitauen und der Ukraine und die Einkesselung des Generalgouvernements von Osten – zum ersten deutschen Siedlungsbereich im Generalgouvernement. Ende 1941 wurden in der Umgebung von Zamość versuchsweise Aussiedlungen in einigen Dörfern durchgeführt. Die dortigen Einwohner wurden überrascht und leisteten keinen Widerstand²⁶. Diese Aktion zeigte den wachsenden Einfluß von Heinrich Himmler und der SS, die noch während des Krieges eine breitere Siedlungspolitik im Generalgouvernement durchführen wollten. Die Besatzungsbehörden griffen auf die Erfahrungen aus dem Wartheland zurück. Weil es damals an Gebieten fehlte, wohin man eine große Zahl der Aussiedler schicken konnte, war die Selektion der Bevölkerung um so wichtiger. Man probierte eine solche Selektion auch in einem Kreis im Wartheland aus²⁷.

²⁵ C. MADAJCZYK, *Einleitung* in C. MADAJCZYK - S. BIERNACKI - K. BORCK - H.H. HAHN - E. JANUS - B. MEISSNER - M.G. MÜLLER (edd), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, S. V-VIII, XIII.

²⁶ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 2, S. 370, Bd. 1, S. 324 ff.; K.H. ROTH, «*Generalplan Ost*» – «*Gesamtplan Ost*», S. 60; vgl. auch B. WASSER, *Die «Germanisierung» im Distrikt Lublin als Generalprobe und erste Realisierungsphase des «Generalplanes Ost»*, in M. RÖSSLER - S. SCHLEIERMACHER - C. TOLLIEN (edd), *Der «Generalplan Ost»*, S. 271-293.

²⁷ J. MARCZEWSKI, *Hitlerowska koncepcja*, S. 266-267, 272.

Im Wartheland umfaßten die Aussiedlungen im Jahre 1942 216.000 Personen, davon wurden 44.000 nach Deutschland zur Zwangsarbeit geschickt, 4.000 wurden zur Eindeutschung und 167.000 in andere Ortschaften oder «Reservate» übersiedelt. Zum großen Teil war das die Folge der «Feldarbeiteraktion», die nach dem Zusammenschluß der kleineren Bauernhöfe die gebliebenen polnischen Bauern umfaßte. Es waren aber überwiegend ältere Menschen und Familien mit vielen Kinder, weil die anderen schon früher zur Zwangsarbeit deportiert worden waren. Deutsche Bauern wollten auch nicht auf die Hilfe der früheren polnischen Eigentümer verzichten²⁸. Angesichts der Vorbereitungen des Generalplanes Ost wurde die Aussiedlung von eingegliederten Gebieten in das Generalgouvernement eingestellt.

Am 28. Mai 1942 wurde eine Denkschrift unter Leitung von Prof. Konrad Meyer vorbereitet, die eine Durchführungsfrist von 25 Jahren nach dem Krieg voraussah. Die territoriale Reichweite war geringer als früher geplant. In den polnischen Gebieten, wie auch um Leningrad, auf der Krim und in Westlitauen sollten zu 50% kolonisierte Reichsmarken und zu 25% die Verbindung zwischen den deutschen Siedlungen gewährleistende kolonisierte Stützpunkte entstehen, davon vierzehn im Generalgouvernement einer davon im Gebiet von Zamość. Das Generalgouvernement, Lettland und Estland sollten vollständig germanisiert werden. Außer den Aussiedlungen in das Generalgouvernement begann man mit der Ansiedlung der Deutschen in Westlitauen. Am 23. Dezember 1942 wurde die letzte Version – der «Generalsiedlungsplan» – vorbereitet.

Mit wachsenden Kriegsverlusten waren die deutschen Planer immer mehr dazu bereit, größere Bevölkerungsgruppen aus der Aussiedlung auszuschießen, weil es an Siedlern fehlte. Immer öfter sprach man über Leistung und nicht über Rasse. Im Jahr 1940 wurde geplant, daß in den eingegliederten Gebieten zwei Fünftel der polnischen Bevölkerung bleiben sollten. Demzufolge wurde die Zahl der vorgesehenen notwendigen deutschen Siedler radikal heruntersetzt. Im Generalplan Ost dachte man über die Mitarbeit der «bodenständigen Bevölkerung» nach²⁹.

Der Distrikt Lublin spielte eine wichtige Rolle in den Plänen der SS. «Der Einsatz von Tausenden von Häftlingen zur Zwangsarbeit, die Anlage unzähliger Arbeitslager als Nebenlager der Konzentrationslager und die Massierung von SS-Wirtschaftsbetrieben in diesem Gebiet belegen den

²⁸ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 322.

²⁹ G. ALY - S. HEIM, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt a.M. 1993, S. 409-411.

Stellenwert der Stadt und des Distrikts Lublin im Besetzungssystem von SS und Polizei»³⁰. Verständlicherweise erhoben Himmler und sein Apparat den Anspruch, die im Generalplan Ost geplanten Siedlungen ihm und nicht der Militär- und Zivilverwaltung zu unterstellen.

Entsprechend dazu wurde im Jahr 1942 im Distrikt Lublin die jüdische Bevölkerung ermordet und dann im Zamość-Gebiet von November 1942 bis August 1943 die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung durchgeführt, an deren Stelle deutsche (oder als deutscher Abstammung anerkannte) Siedler kamen.

Die Ausgesiedelten durften nur 30 kg Gepäck und 20 Złoty mitnehmen, Familien wurden getrennt, Mütter durften nur Kinder im Alter von maximal 6 Monaten behalten. Viele wurden bei Fluchtversuchen erschossen. Ganz neu war, daß die Bevölkerung gleich in vier Gruppen aufgeteilt wurde, die 'Selektion' gewann an Bedeutung. Die Gruppen I und II enthielten zur Eindeutschung taugliche Personen (darunter 4.500 Kinder) und sie wurden nach Lodz (damals Litzmannstadt genannt) gebracht. Personen der Gruppen III und IV (bis 14 und über 60 Jahre) wurden in früher jüdisch besiedelte Dörfer gebracht. Es bleibt unklar, ob diese zufällig in der Nähe des Vernichtungslagers Treblinka lagen oder nicht. Die Gruppe III (zwischen 14 und 60 Jahre) kam zur Zwangsarbeit ins Reich und die gleichen Jahrgänge der Gruppe IV, 21% der Aussiedler, sollten ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau geschickt werden, was aber nur teilweise (vermutlich wegen Transportproblemen) verwirklicht wurde³¹. Die Zwangsarbeiter ergänzten in Berlin in der Rüstungsindustrie die Juden, die gleich nach Auschwitz gebracht und ermordet wurden³².

In diesem Gebiet, auf neuen Höfen, konnten auch polnische Bauern bleiben, die als gute «Kontingentablieferer» oder Kollaborateure angesehen wurden. Sie waren dazu verpflichtet, jederzeit den deutschen Siedlern zur Verfügung zu stehen³³.

Die Aktion stieß auf vehementen Widerstand, weil die Polen glaubten, jetzt in der Reihe nach den Juden dran zu sein. Es ist jedoch nicht klar, ob die Aussiedlungspläne eine Verschleierung für die Ausrottungspläne

³⁰ B. WASSER, *Die «Germanisierung» im Distrikt Lublin*, S. 273.

³¹ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S.325-326.

³² G. ALY - S. HEIM, *Vordenker der Vernichtung*, S. 435.

³³ B. WASSER, *Die «Germanisierung» im Distrikt Lublin*, S. 286-287; 15% der polnischen Bevölkerung war für Arbeitseinsatz bestimmt, 22% zum weiteren Abschub nach Osten.

waren (eine analoge, fiktive Argumentation der Aussiedlung nach Osten bestand im Fall der Juden). Es gab einige Vorbehalte, die polnische Frage ähnlich wie die jüdische zu lösen, und Vorschläge, die ersten Formulierungen des Generalplanes Ost (80-85% der Polen zur Aussiedlung) abzumildern³⁴.

Bei der Aussiedlung aus dem Zamość-Gebiet plante man aber eindeutig die Tötung der Alten und Kinder. Nach der Vernichtung der Juden wurden die Gaskammern und Krematorien weiter ausgebaut³⁵. «Wenn wir vor diesem Hintergrund [dem Mord an den Juden, P.M.] die Expansionspläne des Dritten Reiches nach Osten mit ihrer potentiell völkermörderischen Dynamik betrachten, dann werden wir unschwer vermuten können, daß – hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen – das Schicksal des jüdischen Volkes in Europa gleichzeitig den Beginn eines schrecklichen Schicksals für die Slawen Mittel- und Osteuropas bedeutet hätte ... Es wäre gewissermaßen die Endlösung des Problems Mitteleuropa gewesen»³⁶.

Am 15. Februar 1943 wurde der Generalsiedlungsplan endgültig Heinrich Himmler vorgelegt. Jedoch brachte der Anfang des Jahres 1943 und die Niederlage der 6. deutschen Armee vor Stalingrad das sinkende Interesse Himmlers an der Vorbereitung der endgültigen Fassung des Generalplans Ost, obwohl entsprechende Arbeiten erst 1944 drastisch begrenzt wurden³⁷.

Die Aussiedlungen aus den eingegliederten Gebieten im Jahre 1943 dienten vor allem der Beschaffung von Arbeitskräften. 4.000 Familien (16.000 Personen) wurden nach Frankreich geschickt, 2.000 Personen nach Deutschland, 500 Familien nach Oberschlesien. In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurden in den eingegliederten Gebieten nur lokale Aussiedlungen durchgeführt, auch weil kleine Bauernhöfe nicht mehr zusammengeschlossen wurden. In Folge der massenhaften Flucht der Bevölkerung, der Plünderungen leerstehender Gehöfte, der Schwarzschlachtungen usw. wurden die Aussiedlungen im Zamość-Gebiet im Frühling 1943 unterbrochen. Von November 1942 bis Juli 1943 wurden statt 108.000 nur 51.000 Personen ausgesiedelt. 1.100 Familien wurden auch in den Distrikt Galizien ausge-

³⁴ G. ALY - S. HEIM, *Vordenker der Vernichtung*, S. 413, 422; nach einem Vorschlag waren 7-8 Millionen Polen «eindeutschungsfähig», 5 Millionen arbeitsfähig und 2-3 Millionen sollte man liquidieren.

³⁵ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 2, S. 370.

³⁶ C. MADAJCZYK, *Einleitung*, S. XVI.

³⁷ *Ibidem*, S. XI.

siedelt³⁸. Im Sommer 1943 konzentrierten sich die deutschen Behörden im Distrikt Lublin auf Aktionen, die arbeitsfähige, versteckte Bevölkerung einzufangen. Im Frühling dieses Jahres wurden dort Polen aus dem Kreis Hrubieszów ausgesiedelt, der für die Ukrainer vorgesehen war.

Im Jahre 1944 wurde in den eingegliederten Gebieten geplant, polnische Bauern aus den Bauernhöfen unter 5 ha., Arbeiterfamilien und arbeitsunfähige Personen auszusiedeln, um Platz für die Rußlanddeutschen vorzubereiten. Die Aussiedlungsaktion lief schon nicht mehr so drakonisch, es konnten mehr Gegenstände mitgenommen werden, darunter sogar Geld und Schmuck. Diese Aktion umfaßte im Wartheland bis November 1944 fast 100.000 Personen. Weitere Aussiedlungen kamen nicht mehr zu Stande: Im Distrikt Radom plante man die Ansiedlung von 90.000 Rußlanddeutschen, in einem anderen Gebiet die Aussiedlung der die Partisanen unterstützenden Bauern und die Ansiedlung der auf der deutschen Seite kämpfenden Brigade RONA. Eine Art der Aussiedlung war auch die Zwangsevakuierung der Zivilbevölkerung nach dem Warschauer Aufstand (ca. 500.000 Personen)³⁹.

Die Aussiedlung umfaßte insgesamt auf den polnischen Gebieten über 1.650.000 der Polen, meistens in den eingegliederten Gebieten (830.000), im Bezirk Białystok (28.000), und im Generalgouvernement (280.000). Im Wartheland umfaßte sie 15% der polnischen Vorkriegsbevölkerung. Aus den eingegliederten Gebieten kamen 365.000 Personen in das Generalgouvernement, 193.000 zur Zwangsarbeit und 28.000 zur Germanisierung⁴⁰.

³⁸ C. MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 323, 329, 332.

³⁹ *Ibidem*, S. 323, 333; 60.000 kamen in Konzentrationslager, 70.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland.

⁴⁰ Hierbei handelt es sich aber keineswegs um eindeutig festgelegte Daten. Von November 1939 bis Oktober 1945 wurden offiziell aus dem Wartheland 629.595 Personen ausgesiedelt, davon ca. 195.000 in Folge der inneren Umsiedlung in den Jahren 1941-1944. Łuczak schätzte die Zahl der aus den eingegliederten Gebieten ausgesiedelten auf 890.000 bis 930.000 Personen, dazu kamen aber diejenigen, die individuell aufgefordert wurden, ihre Wohnung zu verlassen, Juden (im Wartheland 400.000), die Zwangsarbeiter und die Ausgesiedelten, die in der ersten Zeit in die Statistiken nicht einbezogen wurden. Nach dieser Rechnung mußten 1,5 Millionen Polen ihre Häuser und Wohnungen verlassen, davon ging 600.000 unter direktem und 100.000 unter indirektem Zwang in das Generalgouvernement, zigtausend Kinder wurde zur Germanisierung nach Deutschland geschickt; C. ŁUCZAK, *Wysiedlenia ludności polskiej*, S. VII-XII.